

Wahlprüfsteine LSVD Hessen

- 1. "Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt" fortentwickeln & Förderperiode ausweiten. Der Aktionsplan muss unter Beteiligung der queeren Vereine weiterentwickelt und finanziell auskömmlich im Haushalt untersetzt werden. Die Förderperioden sollten an die Legislatur angepasst werden. Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass das umgesetzt wird?**

In einer demokratischen Gesellschaft müssen alle Menschen unabhängig von ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität ihr Leben gleichberechtigt und selbstbestimmt gestalten können. Wir werden den hessischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt weiter ausbauen und finanziell besser ausstatten. Dabei werden wir die queere Community in einer Regierungsbeteiligung mit einbeziehen.

Zwar hat sich die SPD über die erstmalige Schaffung und die Überarbeitung des Aktionsplans durch die Landesregierung gefreut, doch leider bleibt der neue APAV hinter den Erwartungen zurück. Unter anderem vermisst der APAV die Thematisierung eines hessischen Landesantidiskriminierungsgesetzes. Weiterhin sind viele von der Community angemerkt Punkte nicht mit aufgenommen worden.

Die Überarbeitung des APAV hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass keine neuen Förderanträge gestellt und wichtige Projekte angegangen werden konnten. Gerade im ländlichen Raum fehlt es an Unterstützung und an der Förderung von Projekten für queere Menschen.

Queere Vereine und Projekte müssen dringend langfristig und verbindlich finanziell und ideell vom Land Hessen gefördert werden. Hier müssen insbesondere auch Menschen mitgedacht und -berücksichtigt werden, die von intersektional diskriminiert werden, damit beispielsweise alle queeren Jugendlichen die queeren Jugendangebote wahrnehmen können, braucht es eine starke finanzielle Förderung zum barrierearmen Umbau von Jugendzentren, um insbesondere den Zugang für Menschen mit körperlichen Behinderungen zu ermöglichen.

- 2. Hessen tritt LSBT*IQ- feindlicher Hassgewalt entgegen. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Engagement des Landes Hessen gegen LSBT*IQ-feindliche Hassgewalt verbessert und der Schutz sowie die Beratung von Betroffenen nachhaltig verbessert wird?**

Queere Menschen erfahren auf der ganzen Welt und auch in Hessen jeden Tag Hass und Diskriminierung. Wir sehen es als unsere Pflicht, dagegen vorzugehen

und die Rechte der queeren Community zu stärken. Dabei müssen wir immer feministisch, antidiskriminierend und intersektional denken und handeln. Das bedeutet, dass wir die Vielfalt und die unterschiedlichen Diskriminierungserfahrungen anerkennen. Menschen, die von der Überschneidung und Gleichzeitigkeit (=Intersektion) verschiedener Diskriminierungsformen betroffen sind, dürfen in unseren Kämpfen nicht übersehen werden und die Gleichstellungsmaßnahmen müssen auch ihnen gegen die Diskriminierungen helfen, die sie erfahren. Wir zeigen gemeinsam klare Kante gegen jede Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Deshalb soll Hessen zu einer „LGBTIQ Freedom Zone“, also einer Freiheitszone für queere Menschen werden. Das Europaparlament hat dies schon für die gesamte EU erklärt, als Reaktion auf die queerfeindlichen „LGBT-freien Zonen“ in Polen.

Wir verurteilen Hasskriminalität gegen die queere Community aufs Schärfste und wollen eine Strategie gegen queerfeindliche Hasskriminalität entwickeln. Wir treten Gewalt und Diskriminierung entschieden entgegen, weshalb wir in Hessen die Einführung eines Antidiskriminierungsgesetzes fordern, das auch intersektionale Diskriminierung (d.h. die Überschneidung und Gleichzeitigkeit verschiedener Diskriminierungskategorien gegenüber einer Person) berücksichtigt. Gleiches wollen wir auch im Bund voranbringen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz muss reformiert und ebenfalls ein intersektionales Antidiskriminierungsrecht geschaffen werden. Außerdem werden wir eine*n Queerbeauftragte*n der hessischen Landesregierung benennen.

Der Schutz vor Diskriminierung muss darüber hinaus auch für queere Menschen Verfassungsrang bekommen. Deshalb werden wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Art. 3 GG um die Merkmale „sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität“ ergänzt wird.

Um queeren Menschen bei erfahrener Diskriminierung eine bessere Anlaufstelle vor Ort und im Prozesswesen ein besseres Verständnis bieten zu können, wollen wir die Ansprechpersonen gleichgeschlechtlich Liebender (AgL) bei der Polizei als hauptamtliche Stellen verankern und ihre Zuständigkeiten im queeren Bereich erweitern, sowie auch in der Justiz hauptamtliche Stellen für queere Belange schaffen.

Darüber hinaus werden wir eine unabhängige Meldestelle für Hasskriminalität schaffen. Von Hasskriminalität Betroffene sind meistens marginalisierte und oftmals mehrfach marginalisierte Personen. Insbesondere diese Personengruppen haben manchmal kein gutes Vertrauensverhältnis zur Polizei, weshalb die Hemmungen groß sein können, bei der Polizei Anzeige zu erstatten. Wir brauchen verlässlichere Zahlen und Statistiken zu Hasskriminalität, um diese besser bekämpfen zu können. Damit mehr Taten zur Anzeige gebracht werden, muss auch ein ausreichender Opferschutz gewährleistet sein. Die entsprechenden Hilfsorganisationen müssen ausreichend gestärkt werden, sodass ein barrierefreier Zugang und die Inanspruchnahme von Hilfe für alle Opfer möglich ist.

Wer für unseren Staat arbeitet und ihn vertritt, muss auch unsere antidiskriminierenden Grundwerte vertreten. Deshalb sollen Antidiskriminierungsschulungen für Beamt*innen und Beschäftigte im öffentlichen Dienst geschaffen werden.

Rechtes Gedankengut, welches auf Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten setzt und Vielfalt nicht nur ablehnt, sondern auch bekämpft, darf in einer offenen Gesellschaft keinen Platz haben. Aus diesem Grund müssen Initiativen und Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus, gerade in Zeiten von wieder zunehmendem Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sowie LSBTIQ*-Feindlichkeit, (auch finanziell) stärker gefördert und in ihrer Arbeit unterstützt werden.

3. Regenbogenfamilien stärken – Akzeptanz verbessern. Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien müssen in Verwaltung, Familienhilfe, Jugendämtern, KiTas und Schulen anerkannt und gleichberechtigt gefördert werden. Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang in diesen Bereichen zu fördern?

Regenbogenfamilien sind Bestandteil unserer Gesellschaft und als solche sollen sie auch den notwendigen Respekt und die soziale Teilhabe bekommen. Wir fordern für sie die volle Gleichberechtigung gegenüber cishetero Familien.

Wir wollen die Vielfalt in der Gesellschaft auch in der Landesverwaltung widerspiegeln. Deshalb führen wir eine Diversitäts-Quote in der Landesverwaltung ein. Staatliche Behörden und öffentliche Verwaltungen müssen diversitätssensibel sein und in allen Bereichen über hohe interkulturelle und diversitätssensible Kompetenz verfügen. Dafür werden wir die entsprechenden Maßnahmen (wie beispielsweise Antidiskriminierungsschulungen) einleiten.

Auch das Landesantidiskriminierungsgesetz und die Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (Antwort auf Frage 2) werden Regenbogenfamilien vor Diskriminierung schützen und ihre volle Anerkennung fördern.

Zentral ist ebenfalls die Stärkung der Bildungsarbeit gegen Extremismus und jegliche Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Wir brauchen eine massive Stärkung der politischen Bildung und einen Ausbau der Möglichkeiten zu Dialog und Begegnung.

4. Respekt und Vielfalt in Bildung & Schule voranbringen. „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ muss in Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften verankert und Unterrichtsmaterialien LSBT*IQ-inklusiv ausgestaltet sein, bei allen, auch bei freien Schulen. Wie wollen Sie das gewährleisten und Beratungsangebote vorhalten?

Die Schule muss sowohl für queere Schüler*innen als auch für queere Lehrkräfte ein sicherer, diskriminierungsfreier Raum sein. Auch im und außerhalb des

Unterrichts muss das Augenmerk auf Vielfalt und Akzeptanz verstärkt werden. So setzen wir uns dafür ein, dass sowohl in der frühkindlichen als auch der schulischen Bildung Lehrbücher, die alle Geschlechterbilder, auch abseits der Cisheteronormativität abbilden, gefördert werden.

Das Thematisieren und Reflektieren über Geschlechterrollen, Vorurteile und Diskriminierung sowie verschiedene Lebensentwürfe muss Teil der allgemeinen Schulbildung sein. Ebenfalls möchten wir schulexterne Initiativen wie SCHLAU, die sich durch Bildungsarbeit an Schulen ehrenamtlich engagieren, finanziell und ideell unterstützen, um Vorurteile und Diskriminierung gegen queere Menschen abzubauen.

Da queere Jugendliche und junge Erwachsene nicht immer von der eigenen Familie akzeptiert oder sondern im Gegenteil manchmal sogar verstoßen werden, können sie nicht immer ihre Bildungswege fortsetzen. Grundsätzlich muss der Staat die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass alle Menschen ihren gewünschten Bildungsweg unabhängig von finanzieller Unterstützung und familiärem Hintergrund einschlagen können. Dazu gehört auch, die notwendigen institutionellen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Menschen substantielle Bildungserfahrungen machen können.

Doch der Bildungsweg ist für viele Menschen nach der Schule noch nicht vorbei: Um Hass und Diskriminierung gegen queere Menschen vorzubeugen, ist es von zentraler Bedeutung, dass queere Themen auch Inhalt von Berufsausbildungen und Studiengängen werden. Besonders dort, wo Menschen sich auf eine berufliche Zukunft vorbereiten, in der sie mit anderen Menschen zusammenarbeiten, müssen queere Themen verpflichtend sein.

Auch bei Lehrkräften ist dies der Fall: Der Kontakt zu Lehrkräften macht für nahezu alle Schüler*innen einen geraumen Teil ihres Alltags aus. Hier kann sich für das restliche Leben eine Persönlichkeit entwickeln, die zu Hass gegenüber queeren Personen führt oder die Diversität und Vielfalt gutheißt. Um diesen sicheren Raum für persönliche Entwicklung zu gewährleisten, müssen Lehrkräfte ausreichend darauf vorbereitet sein, innerhalb ihres pädagogischen Auftrags den Klassenraum als einen queerfreundlichen Ort gestalten zu können. Dies muss durch Weiterbildungen und die verpflichtende Behandlung dieser Thematik im Lehramtsstudium geschehen.

Auch in der Jugendarbeit brauchen wir queersensible Standards. Die Ausbildung von Jugendleiter*innen ("Jugendleitercard", Juleica) muss sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität beinhalten. Pädagog*innen benötigen verpflichtende Weiterbildungen zu queeren Themen, um eine Sensibilität für queere Jugendliche zu entwickeln und mit diesen gerecht umgehen zu können.

5. Diskriminierungsschutz ausbauen. Werden Sie nach dem Vorbild von Berlin ein Hessisches Antidiskriminierungsgesetzes (HADG) auf den Weg bringen und die Arbeit des ADiBe Netzwerk Hessen

auskömmlich finanzieren?

Ja. Siehe Antwort auf Frage 2.

6. Verfassung LSBT*IQ-inklusiv ausgestalten. Werden Sie im Bundesrat die LSBT*IQ-inklusive Ergänzung von Art.3, Abs.3 Grundgesetz unterstützen, einen entsprechenden Antrag einbringen und sich auch in Hessen für eine LSBT*IQ-inklusive Ergänzung der Verfassung einsetzen?

Als SPD werden wir im Bundesrat die Ergänzung unterstützen. Das Diskriminierungsverbot wegen der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität werden wir in Art. 3 Abs. 3 GG aufnehmen. Gleiches gilt für die hessische Verfassung zu prüfen. Siehe Antwort auf Frage 2.

7. Für Selbststimmung & Vielfalt im Bundesrat. Werden Sie sich für eine Modernisierung des Familien- /Abstammungsrechts einsetzen, die Regenbogenfamilien absichert und werden Sie für die geschlechtliche Selbstbestimmung von trans*, nichtbinären und intergeschlechtlich geborenen Menschen im Bundesrat stimmen?

Wir wollen die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Menschen stärken. Dabei ist das Recht auf geschlechtliche Selbstbestimmung essentiell. Deshalb setzen wir uns im Bund für die rasche Abschaffung des veralteten und entwürdigenden „Transsexuellengesetzes“ (sic.) und die schnelle Einführung eines guten und diskriminierungsfreien Selbstbestimmungsgesetzes ein.

Regenbogenfamilien sind Bestandteil unserer Gesellschaft und als solche sollen sie auch den notwendigen Respekt und die soziale Teilhabe bekommen. Wir fordern für sie die volle Gleichberechtigung gegenüber cishetero Familien.

Die bisherigen Regelungen im Familien-, Abstammungs-, Reproduktions- und Steuerrecht weisen für queere Personen und Familien sowie Lebenskonstruktionen nach wie vor Benachteiligungen auf. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass queere Menschen in diesen Bereichen nicht mehr benachteiligt werden und die gleiche gesellschaftliche Teilhabe genießen können.

8. Trans*, intergeschlechtlich geborene und nichtbinäre Menschen (TIN) in Hessen stärken. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die strukturelle Benachteiligung von TIN in Verwaltung, Schule und Jugendarbeit in Verantwortung des Landes Hessen abgebaut und Selbstvertretungen nachhaltig gestärkt werden?

Siehe Antwort auf Frage 3, 4 und 7.

9. Queeres Leben im Alter fördern Wie wollen Sie abseits des Aktionsplans dafür sorgen, dass queere Senior*innen sich in den

Einrichtungen der Altenarbeit und -hilfe sicher und wertgeschätzt fühlen und ihre Teilhabe in Senior*innenvertretungen erhöht wird?

Queere Senior*innen standen lange nicht im Fokus der Sozialpolitik und erst langsam kommt hier ein Sensibilisierungsprozess im Gange. Schätzungsweise sind etwa 1,8 Millionen queere Menschen heute älter als 60 Jahre. Trotzdem zielen die meisten queeren Projekte auf junge Menschen ab, während Angebote für queere Senior*innen fehlen. Im Alter ist diese Gruppe oft von Einsamkeit bedroht, da die wenigsten von ihnen eine Familie gründen konnten bzw. ihre gleichgeschlechtliche Partnerschaft mangels legaler Möglichkeiten oft kinderlos blieb. Außerdem haben viele von ihnen Diskriminierungserfahrungen gemacht, die ihnen einen offenen Umgang mit ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität erschweren. Viele queere Senior*innen haben darüber hinaus Freund*innen, Partner*innen und wichtige Bezugspersonen durch die AIDS-Pandemie verloren.

Insbesondere Menschen, die unter widrigen und queerfeindlichen Bedingungen leben mussten, verdienen ein Altern in Akzeptanz und Würde, auch in der Pflege. Mit gutem Beispiel gehen da die Niederlande voran: Dort wird das Qualitätssiegel „Roze Loper“ an Pflegeeinrichtungen mit Fokus auf Queerfreundlichkeit vergeben. Doch auch bei uns in Frankfurt konnte sich mit dem „Regenbogenschlüssel“ ein sehr ähnliches und bundesweit einmaliges Pilotprojekt in zwei Pflegeheimen durchsetzen. Das Qualitätssiegel setzt dabei auf Schulungen und einen Verhaltenskodex für Verantwortliche und Mitarbeitende, der gegen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität gerichtet ist. Ergänzt wird dies durch spezielle Angebote, wie zum Beispiel für HIV-positive Bewohner*innen. Auch damit senken wir die Gefahr einer Diskriminierung im Alter und gehen das Problem der Vereinsamung proaktiv an.

Auch der nationale Aktionsplan Queer setzt sich eine queersensible Pflege zum Ziel, formuliert diese aber noch recht vage als „Lebensort Vielfalt“. Wir möchten, dass das bestehende Konzept des Frankfurter Verbandes nationales Vorbild wird und zum Standard in der modernen Pflege etabliert werden kann. Dies muss sich in allen Aktionsplänen, Leitlinien und Pflegereformen niederschlagen. Unser Ziel ist es letztlich, einen gesetzlichen Anspruch zu schaffen, der eine geschlechterspezifische und gendersensible Pflege in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sicherstellt.

Um generationenübergreifend ein Angebot bieten zu können, begrüßen wir Initiativen, die queere Wohnprojekte, bspw. in Mehrgenerationenhäusern ermöglichen. Queere Pflegeeinrichtungen werden wir unterstützen. Die Pflegekräfteausbildung muss die speziellen Bedürfnisse queerer Menschen in der Kranken- & Altenpflege berücksichtigen. Dabei dürfen insbesondere TIN Menschen nicht vernachlässigt werden.

10. LSBT*IQ im Rundfunkrat und in Medienversammlung Sitz und Stimme geben. Werden Sie bis zum Ende der neuen Legislatur dafür sorgen, dass LSBT*IQ auch im Rundfunkrat des HR sowie in der Versammlung der Medienanstalt Hessen eine Vertretung bekommen

Kultur und Medien spielen eine wichtige Rolle bei der Formulierung von Identitäten und der Vermittlung queerer Themen in der Mehrheitsgesellschaft. Kunst und Kultur spiegeln unsere Vielfalt in der Gesellschaft wider

Wir wollen die Sichtbarkeit queerer Identitäten und Diversität in Theater, Film, Fernsehen und Museen durch die Förderung entsprechender Kulturprojekte erhöhe. Der Hessische Filmpreis soll z.B. jedes Jahr auch einen Preis in der Kategorie "queere Filme" verleihen. (aus Antrag, muss noch ausformuliert werden)